

Antrag

der Abgeordneten Bernd Schattner, Steffen Kotré, Marc Bernhard, Tino Chrupalla, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, Martin Hess, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Michael Kaufmann, Dirk Brandes, Thomas Seitz, Eugen Schmidt, Edgar Naujok, Dr. Malte Kaufmann, Hannes Gnauck, Kay-Uwe Ziegler, Klaus Stöber, Tobias Matthias Peterka, Carolin Bachmann, Dr. Christina Baum, Andreas Bleck, René Bochmann, Marcus Bühl, Petr Bystron, Robert Farle, Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Albrecht Glaser, Kay Gottschalk, Mariana Iris Harder-Kühnel, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Steffen Janich, Stefan Keuter, Jörn König, Mike Moncsek, Martin Reichardt, Frank Rinck, Uwe Schulz, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Kraftstoffpreise senken – Wirtschaft unterstützen – Wirtschaftskrise verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Kraftstoffpreise sind in den letzten Monaten sprunghaft gestiegen und so hoch wie seit acht Jahren nicht mehr. Zurückzuführen ist dies auf den angespannten internationalen Erdölmarkt und die deutsche Steuer- und Abgabenpolitik der Bundesregierung.¹

Der internationale Erdölmarkt wird von vielen verschiedenen Akteuren und ihren gegensätzlichen Interessen belastet und geprägt. Die erdölproduzierenden Staaten (OPEC+) stehen den Abnehmerländern unversöhnlich gegenüber. Sie verweigern sich einer weiteren Erhöhung der Fördermenge, wie es von Abnehmerländern, wie den USA, bereits gefordert wurde.² Hohe Rohölpreise oberhalb 80 US-Dollar pro Barrel sind das Ergebnis. Der leidende Dritte ist der Verbraucher.³ Er muss den rasanten Preisanstieg und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Folgen tragen. Dies gefährdet auch die erhoffte Erholung der Wirtschaft, die nach den Lockdowns und Einschränkungen der letzten Pandemie-Monate dringend geboten ist.⁴ In einer gemeinsamen Aktion versuchen die Abnehmerländer China, Indien, Japan, Südkorea und Großbritannien unter Führung der USA, die Spannungen zwischen der Nachfrageseite und

¹ <https://www.auto-motor-und-sport.de/verkehr/zusammensetzung-benzin-und-diesel-preise/>

² <https://www.nzz.ch/wirtschaft/opec-widersetzt-sich-dem-druck-der-erdoelpreis-steigt-auf-ein-drei-jahre-hoch-ld.1648790>

³ <https://www.agrarheute.com/markt/diesel/preise-fuer-diesel-heizoel-2022-teuerste-jahr-588925>

⁴ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/spritpreise-mittelstand-warnt-vor-veritabler-wirtschaftskrise-17591675.html>

der Angebotsseite auszugleichen. Die USA gaben auf Anordnung von US-Präsident Joe Biden hierzu eine Menge, die etwa dem Dreitagesverbrauch der USA entspricht, in Höhe von 50 Millionen Barrel Öl aus ihrer strategischen Reserve in den Markt. Die anderen Länder haben bereits auf ihre strategischen Reserven zurückgegriffen oder planen dies in naher Zukunft ein.

Auf der anderen Seite stehen die ideologischen Ansätze der Bundesregierung, die in ihrer Abgaben- und Steuerpolitik dokumentiert sind. Beispielsweise bestehen 65,03 % des Benzinpreises aus Steuern und Abgaben. Bei einem Benzinpreis von 1,60 Euro pro Liter fließen 1,04 Euro pro Liter als Steuern und Abgaben in den Bundeshaushalt.

Führende Wirtschaftsvertreter sehen sowohl in dem internationalen Erdölmarkt als auch in der ideologischen Steuer- und Abgabenpolitik, welche zu den hohen Kraftstoffpreisen führt, eine Gefahr für die dringend benötigte Erholung unserer Wirtschaft. Der Chefvolkswirt des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW) sieht in den hohen Kraftstoffpreisen den Anfang „einer veritablen Wirtschaftskrise [...], während sich um uns herum andere Staaten Europas wirtschaftlich erholen“.⁵

Die Absenkung der Mehrwertsteuer auf den reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 % wäre eine kurzfristig umsetzbare Alternative zur Reduzierung der Energiesteuer, die in vergleichbarer Höhe zu einer Mindereinnahme des Bundeshaushaltes führen würde. Die Mehrwertsteuereinnahmen für Benzin bei einem Mehrwertsteuersatz von 19 % betragen 6,16 Mrd. Euro, bei Diesel belaufen sich die Einnahmen auf 10,87 Mrd. Euro. Eine Absenkung der Mehrwertsteuer von 19 % auf 7 % würde zu einer Einnahme von 2,27 Mrd. Euro für Benzin und 4 Mrd. Euro für Diesel führen.⁶ Der Bundeshaushalt würde somit eine Mindereinnahme von 3,89 Mrd. Euro für Benzin und 6,86 Mrd. Euro für Diesel, insgesamt somit 10,76 Mrd. Euro⁷, kompensieren müssen (zuzüglich geringfügige Mehrentlastung durch den infolge der hier gegenständlichen Forderungen abgesenkten Nettobetrag).

Zusätzlich sollte das Brennstoffemissionshandelsgesetz mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden, da es zu einer weiteren unverhältnismäßigen Belastung der mittelständischen Wirtschaft und des Verbrauchers führt, keine sinnvolle Lenkungswirkung entfaltet und eine ideologische Richtung der Bundesregierung aufzeigt, die unsere Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Dies würde zu einer zusätzlichen Entlastung der mittelständisch exportorientierten Wirtschaft in Höhe von 4,50 Mrd. Euro⁸ führen.

⁵ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/spritpreise-mittelstand-warnt-vor-veritabler-wirtschaftskrise-17591675.html>

⁶ Die Werte wurden unter Berücksichtigung der Gesamtverbrauchsangaben (Quelle: <https://mediathek.fnr.de/biokraftstoffe-in-deutschland.html>) in Litern wie folgt berechnet (Massenangaben nach vorstehender Quelle mit 0,75 kg/Liter für Benzin und 0,83 kg/Liter für Diesel umgerechnet): Mehrwertsteuer 7 %: für Benzin = 0,11263 Euro/Liter, für Diesel = 0,10346 Euro/Liter; Berechnung: Benzin: 20.160.000.000 Liter x 0,11263 Euro/Liter = 2.270.620.800 Euro; Diesel: 38.721.686.747 Liter x 0,10346 Euro/Liter = 4.006.145.710 Euro.

⁷ Die Werte wurden wie folgt berechnet: Einnahmen Benzin mit 19 % MwSt. = 6.163.113.600 Euro – Einnahmen Benzin mit 7 % MwSt. = 2.270.620.800 Euro = Mindereinnahmen Benzin durch die Absenkung der MwSt. von 3.892.492.800 Euro; Einnahmen Diesel mit 19 % MwSt. = 10.873.824.072 Euro – Einnahmen Diesel mit 7 % MwSt. = 4.006.145.710 Euro = Mindereinnahmen Diesel durch die Absenkung der MwSt. auf 7 % von 6.867.678.361 Euro.

⁸ Mit Gesamtverbrauchsangaben in Litern und den CO₂-Emissionsfaktoren 2,36 kg/Liter (Benzin) und 2,65 kg/Liter (Diesel) sowie dem aktuellen Abgabensatz für CO₂ in Höhe von 30 Euro/Tonne gem. BEHG ergeben sich Abgaben in Höhe von 3,1 Mrd. Euro (Diesel) und 1,4 Mrd. Euro (Benzin), somit insgesamt 4,5 Mrd. Euro.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. darauf hinzuwirken, vorerst für ein halbes Jahr, für Otto-, Diesel- und Heizkraftstoffe eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf den reduzierten Satz von derzeit 7 % vorzunehmen;
 2. das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) außer Kraft zu setzen und somit die CO₂-Abgabe abzuschaffen, um eine zusätzliche Reduzierung der Kraftstoffpreise herbeizuführen und
 3. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der beinhaltet, dass die Preisauszeichnungen an Tankstellen nur einmal täglich um 12 Uhr vorgenommen werden dürfen.

Berlin, den 15. Februar 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

